

Samtgemeinde Bruchh.-Vilsen

N i e d e r s c h r i f t

über die 27. Sitzung des Samtgemeinderates am 17.02.2011

im/in der

Sitzungssaal des Rathauses in Bruchhausen-Vilsen

Sitzungsbeginn: 19:00 Uhr

Sitzungsende: 20:40 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende/r

Dr. Dr. Wolfgang Griesse

Stimmberechtigte Mitglieder

Heiko Albers

Michael Albers

ab TOP 3, 19.05 Uhr

Heinfried Bröer

Jürgen Brüning-Kuhlmann

Joachim Dornbusch

Bernd Garbers

Imke Gierke

bis TOP 5, 20.05 Uhr

Dr. Dr. Wolfgang Griesse

Wolfgang Heere

Matthias Hittmeyer

Willy Immoor

Heinrich Klimisch

Hermann Meyer-Toms

Dr. Wolf-Eckehard Montserrat

Johann-Dieter Oldenburg

Georg Pilz

Bernd Prumbaum

Ulf-Werner Schmidt

Peter Schmitz

Bernd Schneider

Heinrich Schröder

Hermann Schröder

Claudia Staiger

Torsten Tobeck

Reinhard Thöle

Thomas Tholl

Nicole Uhde

Dr. Rudolf von Tiepermann

Heinrich Wachendorf

Wilfriede Wienbergen

Horst Wiesch

Verwaltung

Bernd Bormann

Catrin Siemers

Volker Kammann

Andreas Schreiber

Öffentlicher Teil :

Punkt 1:

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Ratsvorsitzender Dr. Dr. Griese eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass der Samtgemeindeausschuss mit Einladung vom 03.02.2011 und Ergänzung vom 08.02.2011 ordnungsgemäß geladen wurde und dass Beschlussfähigkeit besteht.

Punkt 2:

Genehmigung der Niederschrift über die 26. Sitzung vom 16.12.2010

Gegen die Niederschrift werden keine Einwände erhoben. Sie wird mit 4 Enthaltungen einstimmig genehmigt.

Punkt 3:

00-0267/11

Abschaffung der Brenntage

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 10.11.2010

Herr Schneider erläutert den Hintergrund des Antrags.

Er kann die Befürwortung der Brenntage zwar z.T. verstehen, aber es gibt auch die Belastungen durch den entstehenden Rauch. Außerdem werden die einzuhaltenden Bestimmungen häufig nicht eingehalten und s.E. passen Brenntage nicht zu einem Luftkurort. In der Samtgemeinde gibt es fünf der insgesamt 35 Grünannahmestellen im Landkreis. Damit ist die Samtgemeinde gut aufgestellt. Man sollte die AWG mit ihrem Kraftwerk unterstützen, zumal die AWG der Samtgemeinde ebenfalls entgegengekommen ist. Da das Kraftwerk nicht kostendeckend arbeiten kann, kann die Annahme des Grüngutes nicht kostenlos sein.

Brenntage passen nach seiner Auffassung nicht in die heutige Zeit und deshalb besteht heute die Möglichkeit sie abzuschaffen.

Herr Klimisch teilt mit, dass die CDU-Fraktion die Abschaffung der Brenntage ablehnt.

In den dicht bebauten Ortsteilen, in denen das Verbrennen nicht erlaubt ist, müssen die Bürgerinnen und Bürger bei Zuwiderhandlungen mit den Konsequenzen leben. In den Außenbereichen, wo die Grundstücke viel größer sind und häufig ältere Menschen leben, ist es jedoch nicht zumutbar die großen Mengen an Grüngut zu den Grünannahmestellen zu bringen, wodurch auch hohe Kosten entstehen. Er weist darauf hin, dass sich die Gebühren für die Grüngutannahme verdoppelt haben.

Herr Schröder kann beiden Vorrednern bezüglich der Rauchbelastung in den geschlossenen Ortschaften und des Aufwandes für die Grundstückseigentümern in den Außenbereichen zustimmen. Er stellt deshalb den Antrag, die Brenntage nur für die geschlossenen Ortschaften abzuschaffen.

Herr Thöle berichtet, dass in der SPD-Fraktion die gleiche Diskussion geführt wurde. Deshalb wird die Abschaffung der Brenntage mehrheitlich abgelehnt.

Er möchte wissen, wie eine differenzierte Regelung aussehen könnte.

Herr Wiesch teilt mit, dass eine Satzungsregelung getroffen werden könnte.

Herr Heere spricht sich gegen eine Veränderung der bestehenden Regelung aus. Wenn sich jeder an die bestehenden Vorgaben (Abstand von 100 m zur Wohnbebauung und ständige Beaufsichtigung des Feuers) halten würde, dann bräuchte man keine neue Regelung.

Herr Schmidt bestätigt die Aussage von Herrn Heere, ist jedoch der Meinung, dass weder die Verwaltung noch die Polizei dazu in der Lage ist, die Feuer zu kontrollieren. Er verspricht sich von der Neuregelung eine Verhaltensänderung bei den Bürgern. Wenn alle geschlossenen Ortschaften damit ausgeschlossen würden, wäre das ein positives Ergebnis.

Herr Dr. Dr. Griese erläutert, dass die wesentliche Begründung für den Antrag der Grünen der Umweltschutz, insbesondere die Verminderung des CO₂-Ausstoßes war.

Er ist der Ansicht, dass diejenigen, die viel Grün besitzen einen Beitrag zum Umweltschutz leisten, weil die Pflanzen Sauerstoff produzieren und CO₂ binden. Insofern sollte man diese Personen durch die Abschaffung der Brenntage nicht belasten. Er plädiert an den mündigen Bürger, künftig mit seinen Abfällen im Sinne des Umweltschutzes umzugehen.

Herr Wiesch schlägt vor, dass die Verwaltung bis zur nächsten Ratssitzung eine Kompromisslösung erarbeitet, in der über Pläne bestimmte Bereiche von den Brenntagen ausgeschlossen werden.

Der Samtgemeinderat beschließt entsprechend des Änderungsantrages von Herrn Schröder der Verwaltung den Auftrag für eine Neuregelung zu erteilen, wonach die Brenntage für geschlossene Ortschaften abgeschafft und für die Außenbereiche weiterhin zugelassen werden.

Abstimmungsergebnis: 17 Ja-Stimmen, 10-Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen

Punkt 4:

00-0269/11

Erlass der 4. Änderungssatzung der Hauptsatzung der Samtgemeinde Bruchhausen-Vilsen

Der Samtgemeinderat beschließt:

Die Samtgemeinde erlässt die der Beschlussvorlage-Nr. 00-269/11 beigelegte 4. Änderungssatzung der Hauptsatzung der Samtgemeinde Bruchhausen-Vilsen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Punkt 5:

00-0272/11

Beschluss über die Haushaltssatzung des Haushaltsjahres 2011

Ratsvorsitzender Dr. Dr. Griese erläutert, dass die Haushaltreden mit Herrn Wiesch beginnen und anschließend in der Reihenfolge SPD, CDU, UWG, Grüne und Freies Bündnis fortgesetzt werden.

Herr Wiesch berichtet, dass die Haushalte für das Jahr 2011 noch schwieriger auszugleichen waren als im Vorjahr. Dies ist auf die Auswirkungen der Finanzkrise zurückzuführen.

Es können nur die wichtigsten Maßnahmen aufgenommen werden, vieles muss verschoben werden. Bisher konnte man sich mit kreativen Maßnahmen behelfen, das wird auf Dauer jedoch nicht möglich sein.

S.E. ist eine Gesamtsicht erforderlich, das gesamte Finanzwesen müsste neu strukturiert werden. Einen großen Anteil an der Misere haben aus seiner Sicht die hohen Kosten für die gestrich

vorgeschriebenen Sozialleistungen, die ständig ansteigen. Heute machen die Investitionen weniger als 1/5 der Sozialausgaben aus.

Die Gemeinden sind gezwungen die Hebesätze für die Realsteuern zu erhöhen.

Die Kreisumlage steigt an, ohne dass der Landkreis die Situation der Kommunen berücksichtigt.

Hier wünscht sich Herr Wiesch ein Umdenken.

Der Haushalt 2011 sieht eine Kreditaufnahme von 250.000, vor, aber auch eine Tilgung in Höhe von 550.000 €, so dass sich das Kreditvolumen dennoch um 300.000 € reduziert.

Als wichtigste Maßnahmen im Haushalt 2011 nennt Herr Wiesch die Umgestaltung des Außengeländes im Schulzentrum, die Sanierung der Feuerwehrgerätehäuser, die Beschaffung von Feuerwehrfahrzeugen und die Einführung des Digitalfunks.

Er hofft, dass die geplante Kreditaufnahme nicht erforderlich sein wird und sich die Finanzlage positiv entwickelt, damit der neue Rat verbesserte Rahmenbedingungen vorfindet.

Abschließend wünscht Herr Wiesch allen die sich zur Kommunalwahl aufstellen lassen viel Erfolg.

Herr Thöle teilt mit, dass er seit 1998 Fraktionsvorsitzender der SPD ist und festgestellt hat, dass es zum Haushaltsplan 2011 in seiner Haushaltsrede erstmalig nicht viel zu sagen gibt.

Es war vorherzusehen, dass 2011 ein schwieriges Jahr wird, aber er ist auch der Ansicht, dass es in den Folgejahren nicht besser werden wird.

In der SPD-Fraktion war eine Kreditaufnahme grds. nicht gewollt, aber dann wären im investiven Bereich keine Maßnahmen möglich gewesen. Für die nun festgelegten Maßnahmen (z.B. Wiehe-Bad, Dach der Sporthalle) wurde jedoch dringender Handlungsbedarf gesehen.

Es bleibt zu hoffen, dass die Folgejahre besser werden.

Die SPD-Fraktion wird dem Haushalt zustimmen.

Herr Klimisch bestätigt, dass es auch für die CDU-Fraktion schwierig war sich für die Kreditaufnahme auszusprechen, da eigentlich alle Einsparmöglichkeiten für die Tilgung genutzt werden sollten.

Auch die CDU hofft, dass es mit den Finanzen wieder bergauf geht.

Rückblickend weist er darauf hin, dass in den vergangenen Jahren finanziell bedingt viele Maßnahmen gestrichen oder verschoben werden mussten. Die Samtgemeinde hat gemeinsam mit den Kommunen dennoch große Investitionen hinbekommen, was die hervorragende Zusammenarbeit auszeichnet.

Er wünscht sich, dass auch der neue Rat die konstruktive Arbeit für die die Samtgemeinde so weiterführt.

Auch die CDU-Fraktion wird dem Haushalt zustimmen.

Herr Schröder bestätigt zwar die harmonische Zusammenarbeit, ist aber der Meinung, dass diese aufhört, wenn eine Fraktion dem Haushalt nicht zustimmt

Die UWG wird dem Haushalt 2011 aus verschiedenen Gründen nicht zustimmen.

Herr Schröder ist der Ansicht, dass auf einem hohen Niveau gejammert wird. Heute sind die Standards viel besser. Es ist ein nahezu perfektes Schulzentrum vorhanden, bei dem nur noch das „I-Tüpfelchen“ fehlt.

Die Tennishalle, für die es kein Konzept gibt, belastet den Haushalt. Die Tilgungsleistungen betragen ca. 500.000 €, wenn man auch die Rückzahlungsverpflichtungen an die Gemeinden berücksichtigt.

Nach Auffassung von Herrn Schröder schöpft die Samtgemeinde ihre Einnahmemöglichkeiten nicht aus; er denkt z.B. an eine Turnhallenbenutzungsgebühr.

Weiterhin kritisiert er den Umgang mit dem Thema „Einheitsgemeinde“. Die Gemeinde Schwarme wird dort nicht mitmachen.

Herr Schmidt verweist auf einen Artikel im Weserkurier, wonach es den Gemeinden so schlecht geht wie noch nie. Insofern stimmt Herr Schröder zu, dass es der Samtgemeinde Bruchhausen-Vilsen noch verhältnismäßig gut geht.

Die Gemeinden haben aufgrund der Steuersenkungen eher ein Einnahme- als ein Ausgabeproblem.

Die Diskussion auf Kreisebene bezüglich der Kreisumlage ist für ihn nachvollziehbar. Als es dem Landkreis damals finanziell schlecht ging, wurde die Kreisumlage nicht erhöht. Nun sollte der Hebesatz auch für eine bessere Planung in den Gemeinden zunächst für einige Jahre konstant bleiben.

Ein großer Anteil an den finanziellen Problemen der Gemeinden sieht er darin, dass die Finanzierung bei Erlass neuer Gesetze nicht sauber geregelt werden (Konnexität).

Herr Schmidt weist darauf hin, dass die Samtgemeindeumlage nicht erhöht wurde, um den Gemeinden ebenfalls einen Finanzspielraum zu geben. Es wurden trotz des Wahljahres viele Maßnahmen verschoben. Dennoch enthält der Haushalt auch Mittel für wichtige Maßnahmen wie den ÖPNV, das Tourismuskonzept, die Erhöhung der Arbeitsstunden von Frau Westers und Frau Schröder, die Neugestaltung des Außengeländes im Schulzentrum und Maßnahmen für die Feuerwehren.

Herr Schmidt hat den Wunsch erneut über die Ansiedlung der Kinderbetreuung bzw. eine gerechte Verteilung der Kosten zu sprechen und diese Diskussion nicht im Zusammenhang mit der Einheitsgemeinde zu sehen.

Auch ihm ist für die Zukunft eine gute Zusammenarbeit und ein fairer Umgang miteinander wichtig.

Für Herrn Schmidt ist die Ablehnung des Haushalts durch die UWG-Fraktion unverständlich. Der Beschluss zur Tennishalle wurde bereits für 2010 gefasst und der Vorschlag über eine Turnhallenbenutzungsgebühr hätte bereits zu Beginn der Haushaltsplanberatungen eingebracht werden müssen.

Herr Heere ist der Ansicht, dass die Haushaltsplanberatungen von Jahr zu Jahr ruhiger geworden sind und sich die Zusammenarbeit stetig verbessert hat.

Er ist stolz auf die Schulden der Samtgemeinde, da sie in der Rezession gemacht wurden, zu günstigen Zinskonditionen und mit Ausschöpfung sämtlicher Förderprogramme.

Wenn die Gemeinden schuldenfrei sind, dann ist das für ihn ein Zeichen für eine gute Zusammenarbeit.

Die Fraktion „Freies Bündnis“ wird zu 50% dem Haushalt zustimmen.

Herr Tobeck begrüßt die Breitbandversorgung grundsätzlich, allerdings hat sich im Nachhinein herausgestellt, dass Anschlüsse nur über die EWE-TEL möglich sind.

Herr Bormann stellt klar, dass die EWE lediglich das Ausschreibungsverfahren gewonnen hat, aber grundsätzlich jeder Telefonanbieter die Möglichkeit hat das Netz zu nutzen. Wenn die Firmen das Netz nicht nutzen wollen, dann kann man nichts machen.

Auch die Aussage zu den erhöhten Kosten bei der EWE kann durch Herrn Bormann nicht bestätigt werden. Die Kosten sind durch das Land vorgegeben und überall einheitlich.

Herr Wiesch ergänzt, dass bei der Ausschreibung jede Firma verpflichtet wurde das Netz diskriminierungsfrei zur Verfügung zu stellen. Die EWE hat das Recht, für die Nutzung der Leitung eine Gebühr zu erheben.

Herr Wachendorf teilt in Bezug auf die schwierige Haushaltsituation dar, dass die Gemeinde Engeln wie alle anderen Mitgliedsgemeinden schuldenfrei ist. Es wird darum gekämpft, auch die Schulden der Samtgemeinde so niedrig wie möglich zu halten und erkannt, dass es immer schwieriger wird die Haushalte auszugleichen, da der Kostendruck durch die Kindergärten oder zusätzliche Aufgaben immer stärker wird.

Die Gemeinden haben nur die Alternativen die Leistungen zu verringern oder die Steuern zu erhöhen, was die Situation für die Bürger immer weiter verschlechtert.

Herr Wachendorf hält es deshalb für erforderlich, dass alle Gemeinden Einsparungen forcieren. Zum Beispiel sollte über das Kindergartenpersonal nachgedacht werden.

Die Gemeinde Engeln hat ihre Schlüsse gezogen und hofft, dass andere ihr folgen werden.

Der Samtgemeinderat beschließt:

Die Haushaltssatzung mit dem Stellenplan und dem Investitionsprogramm des Haushaltsjahres 2011 werden in der vorliegenden Fassung unter Berücksichtigung der sich aus der Beratung ergebenden Änderungen beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 25 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung

Punkt 6:

00-0277/11

Ernennungen von Ehrenbeamten im Bereich Feuerwehrwesen

Herr Dr. Dr. Griese weist darauf hin, dass sich der Beschlussvorschlag etwas verändert hat. Der in der Vorlage dargestellte Beschluss unter a) kann entfallen, da die Amtszeit noch bis zum 30.11.2012 läuft und unter c) (neu b) ist über Herrn Axel Wendt zu beschließen.

a) Herr Gerd Schröder, Alter Heerweg 24, 27305 Süstedt, wird ab dem 01.04.2011 für die Dauer von sechs Jahren unter Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis zum Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Ochtmannien der Freiwilligen Feuerwehr Bruchhausen-Vilsen ernannt.

b) Herr Axel Wendt, Otersen 4, 27305 Süstedt, wird ab dem 01.04.2011 für die Dauer von sechs Jahren unter Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis zum stellvertretenden Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Ochtmannien der Freiwilligen Feuerwehr Bruchhausen-Vilsen ernannt.

c) Herr Jörg Kehlbeck, Graf-Otto-Straße 24, 27305 Bruchhausen-Vilsen wird ab dem 01.07.2011 für die Dauer von sechs Jahren unter Berufung in das

Ehrenbeamtenverhältnis zum Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Bruchhausen-Vilsen der Freiwilligen Feuerwehr Bruchhausen-Vilsen ernannt.

d) Herr Dieter Stöckel, Lange Straße 34, 27305 Bruchhausen-Vilsen wird ab dem 01.07.2011 für die Dauer von sechs Jahren unter Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis zum stellvertretenden Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Bruchhausen-Vilsen der Freiwilligen Feuerwehr Bruchhausen-Vilsen ernannt.

e) Frau Annette Brümmer, Ortheide 12, 27305 Süstedt, wird ab dem 01.01.2012 für die Dauer von sechs Jahren unter Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis zur Ortsbrandmeisterin der Ortsfeuerwehr Uenzen der Freiwilligen Feuerwehr Bruchhausen-Vilsen ernannt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Punkt 7:

Mitteilungen der Verwaltung

Es liegen keine Mitteilungen der Verwaltung vor.

Punkt 8:

Anfragen und Anregungen

Punkt 8.1:

Brenntage

Herr Prumbaum bittet die Verwaltung sich Gedanken zu machen, in welcher Form sie den Bürgerinnen und Bürgern über die Neuregelung zu den Brenntagen unterrichten will.

Punkt 9:

Einwohnerfragestunde

Herr Michael Ullmann bedankt sich bei der Samtgemeinde für die Unterstützung der Feuerwehren, denen bewusst ist, dass dies in finanziell schlechten Jahren nicht einfach ist. Weiterhin bedankt er sich für die Entscheidungen bezüglich der Personalangelegenheiten.

Ratsvorsitzender Dr. Dr. Griese bedankt sich bei den Zuhörern und den Vertretern der Presse für die Teilnahme und schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.